

NACHRICHTEN

KATAR
Schröder wirbt um Dollar

Auf der dritten Station seiner Reise in die Golfregion ist Bundeskanzler Gerhard Schröder in Katar eingetroffen. Der Kanzler, der als erster deutscher Regierungschef das Emirat besucht, will bei seinen Gesprächen die Chancen für Aufträge an deutsche Unternehmen ausloten. Deutschland habe „erstklassige Qualitätsprodukte“ wie den Transrapid anzubieten. (dpa)

VATIKAN
Papst spricht wieder

Fünf Tage nach seinem Luftröhrenschnitt hat Papst Johannes Paul II. erstmals wieder gesprochen. „Er hat zu mir deutsch und italienisch gesprochen“, sagte Kurienkardinal Joseph Ratzinger nach einem Besuch in der römischen Gemelli-Klinik. Der Papst, der nach dem Eingriff eine Kanüle im Hals trägt, sei in der Lage, wichtige Dinge mitzuteilen. (dpa)

IRAK
Journalistin ruft um Hilfe

Zwei Monate nach ihrer Entführung im Irak hat die französische Journalistin Florence Aubenas per Video einen verzweifelten Hilferuf ausgesandt. Die Geisel rief in dem von Fernsehsendern ausgestrahlten Band den umstrittenen französischen Abgeordneten Didier Julia dazu auf, sich um ihre Freilassung zu bemühen. (dpa)

GENÈ
Weniger Asylbewerber

Die Zahl der Asylbewerber in den Industriestaaten ist 2004 auf den niedrigsten Stand seit 16 Jahren gefallen. 368 000 Menschen stellten in 38 Industriestaaten, die eine Asylstatistik führen, einen Antrag, wie das UN-Flüchtlingshilfswerk UNHCR in Genf mitteilte. (KNA)

POLITIK IM TV

- 18.00 Uhr, Phoenix, **Kampf um die Straße, Kampf um die Köpfe**
Neonazis in Berlin. Dokumentation.
- 20.15 Uhr, SWR, **Quer gefragt!**
Thema: Fischer in der Visa-Falle – schadet Grün jetzt Rot?
- 20.15 Uhr, Phoenix, **Das halbe Leben**
Vom Schicksal, arbeitslos zu sein. Reportage.
- 21.00 Uhr, Phoenix, **Berliner Runde**
Abzug aus dem Gaza-Streifen – zwischen Hoffnung und Terror.
- 21.20 Uhr, Bayern 3, **BR extra**
Thema: Die Job-Katastrophe – das Ende der Vollbeschäftigung.
- 21.45 Uhr, SWR, **Auslandsreporter**
Weder Huren noch Sklavinnen – die Rebellion der Nordafrikanerinnen in Frankreichs Vorstädten.

Bericht des UN-Kinderhilfswerks warnt vor wachsender sozialer Ungleichheit

Jedes zehnte Kind lebt in Armut

In den Industriestaaten leben immer mehr Kinder in armen Verhältnissen: Allein in Deutschland ist jedes zehnte Kind von Armut betroffen. Das geht aus einer Studie hervor, die das UN-Kinderhilfswerk UNICEF in Berlin vorstellte.

Berlin (dpa/epd/KNA) Nach der Studie wachsen in der Bundesrepublik 1,5 Millionen Kinder und Jugendliche in Familien auf, die weniger als die Hälfte des Durchschnittseinkommens zur Verfügung haben. Damit verzeichnete Deutschland im Verlauf der 90er Jahre einen deutlich stärkeren Anstieg als die meisten anderen Industriestaaten. In Westdeutschland hat sich die Kinderarmut den Angaben zufolge seit

1989 von 4,5 auf 8,9 Prozent fast verdoppelt. Dagegen hat sich in Ostdeutschland der Anteil armer Kinder seit 1991 von 8,3 auf 12,6 nur um vier Prozent erhöht.

Vor allem Kinder aus Zuwandererfamilien und von allein Erziehenden leiden hier zu Lande unter Armut. So gelten 40 Prozent der Kinder Alleinerziehender als arm. Für sie stehen weniger als 8700 Euro pro Jahr zur Verfügung. Hauptursache für die Zunahme der Kinderarmut sind laut UNICEF ungenügende sozialpolitische Maßnahmen, eine höhere Zahl von getrennt lebenden Eltern und die hohe Arbeitslosigkeit.

Im internationalen Vergleich von 24 OECD-Staaten liegt Deutschland bei der Kinderarmut auf Platz 18.

Der Vorsitzende von UNICEF Deutschland, Reinhard Schlagintweit, forderte Gegenmaßnahmen der Politik. So könnten Sozialausgaben gegen Kinderarmut helfen. Für Deutschland verweisen die Autoren auf das Beispiel Schweden. Das Land habe eine ähnliche Ausgangslage gehabt wie Deutschland.

Michael Fertig vom Rheinisch-Westfälischen Institut für Wirtschaftsforschung (RWI) betonte allerdings, eine bloße Erhöhung der Transferleistungen sei „keine Erfolg versprechende Strategie“. Entscheidend sei, dass die staatlichen Zuwendungen zielgerichteter an bedürftige Familien gehen. So mache es „keinen großen Sinn“, wenn sich die Zahlung von Kindergeld – wie derzeit – nur nach der

Anzahl der Kinder richtet statt nach dem Einkommen der Eltern.

Mit einem solchen Umsteuern bei den Transferleistungen ist es in Großbritannien gelungen, den Anteil armer Kinder zwischen 1989 und 2001 von 18,5 auf 15,4 Prozent zu senken. In drei Vierteln der Industriestaaten stieg die Kinderarmut im gleichen Zeitraum allerdings an: In Deutschland um 2,7 Prozentpunkte, in Polen sogar um 4,3. Mit einem Armuts-Anteil von 10,2 Prozent belegt Deutschland im Vergleich der OECD-Staaten einen Mittelfeldplatz. Dänemark, Finnland, Norwegen und Schweden schneiden mit Werten von unter fünf Prozent am besten ab. Am Ende des Ranking liegen die USA und Mexiko, wo mehr als 20 Prozent der Kinder in Armut leben.

Peter Adamson, Autor der internationalen Vergleichsstudie, betonte, Kinder, die in Armut aufwachsen, hätten erhebliche Nachteile im späteren Leben. Die Studie zeige, dass die Betroffenen häufiger die Schule abbrechen und dadurch auch schlechte Berufschancen haben. Zudem seien sie überdurchschnittlich häufig von Gesundheitsproblemen, Drogenkonsum und Kriminalität betroffen.

Trotz der Probleme allein erziehender Mütter warnte UNICEF jedoch vor der Einschätzung, dass Kinder per se ein Armutsrisiko darstellen. Paare mit mehreren Kindern seien nicht stärker bedroht als kinderlose Paare.

Die Ergebnisse der Studie:
www.unicef.de/kinderarmut

Fortschritt bei Nahost-Treffen

Palästinenser bewegen sich

VON
JOCHEN WITTMANN

London – Mit einer beeindruckenden Teilnehmerliste konnte Gastgeber Tony Blair aufwarten. Zu der eintägigen Nahostkonferenz in London reisten Vertreter aus 23 Staaten an. UN-Chef Kofi Annan war ebenso vertreten wie die US-Außenministerin Condoleezza Rice, ihr Amtskollege aus Deutschland Joschka Fischer ebenso wie Weltbank, IWF oder die EU. Dabei konnte es in London gar nicht um einen Durchbruch im Nahost-Konflikt gehen. Denn ausgerechnet Israel war nicht erschienen – man wollte nicht den Eindruck aufkommen lassen, hier gehe es um eine Friedenskonferenz.

So nannte sich das Zusammenkommen in London offiziell auch nicht Konferenz, sondern „Treffen zur Unterstützung der Palästinensischen Autonomiebehörde“. Obwohl, oder vielleicht gerade, weil die Hoffnungen nicht so hoch gingen, war die Stimmung optimistisch. „Dies ist ein Moment von Versprechen und Potenzial“, sagte Kofi Annan in seiner Eröffnungsansprache, „man kann die Erwartungssstimmung mit Händen greifen.“ Und Tony Blair zeigte sich überzeugt, dass es an internationaler Solidarität nicht fehlen werde, wenn die Palästinenser ihre Reformbestrebungen verwirklichen. „Unser vereintes Interesse hier“, so der britische Premierminister, „ist es, die Vision der Zwei-Staaten-Lösung Wirklichkeit werden zu lassen.“ Bis dahin ist es noch ein weiter Weg. Aber eine, auch von Israel begrüßte Wegmarke wären genau jene Reformen, die der Palästinenserpräsident Mahmud Abbas willens ist umzusetzen. Drei Bereiche wurden benannt: der Aufbau einer effizienten Verwaltung, die Reform der bisher zersplitterten Sicherheitskräfte sowie die Regeneration der am Boden liegenden Wirtschaft. In London signalisierte die internationale Gemeinschaft hier weit reichende Hilfen. Eine Koordinatorsgruppe zur Sicherheit unter US-Führung wird eingerichtet, Weltbank und EU übernehmen eine neue Rolle zur ökonomischen Hilfe und eine Geberkonferenz wird im Juni angepeilt.



Fahnen zur Befreiung: Syrien-Gegner schwenken bei der Nachricht vom Rücktritt der Beiruter Regierung die libanesische Flagge. Premierminister Omar Karameh hatte nach massiven Protesten aufgegeben. BILD: AFP

Der Libanon feiert

Erstmals verjagt ein arabisches Volk seine Regierung

VON
BIRGIT CERHA

Beirut – Normalität ist gestern in Beirut wieder eingetroffen, nachdem zuvor Tausende Libanesen ihren einzigartigen politischen Erfolg bis tief in die Nacht hinein gefeiert hatten: den von ihnen in friedlichen Massenkundgebungen geforderten Rücktritt der ungeliebten pro-syrischen Regierung Omar Karameh. Euphorisch tanzten und sangen unzählige Menschen in den Straßen des Beiruter Stadtzentrums. Andere rasten mit ihren Autos laut hupend durch die Stadt und mitunter erhellten gar farbig glitzernde Sterne von Feuerwerken den winterlichen Himmel über Beirut. In den Büros begrüßten die Menschen einander strahlend lächelnd mit den Worten „Morgen der Freiheit“, viele sandten einander per SMS Gratulationsbotschaften.

„Wir sind an einem Kreuzpunkt in der Geschichte unseres Landes angelangt“, hatte Drusenführer Walid Dschumblatt noch am Vorabend Tausenden Libanesen zugerufen. Auf dem Märtyrerplatz im Stadtzentrum hatten sie alle über riesige Fernsehirme den völlig unerwarteten Rücktritt der Regierung Karameh verfolgt.

„Wir konnten es nicht glauben“, erzählt ein Aktivist. „Wir hatten uns auf einen langen Kampf eingestellt, Demonstrationen, Streiks, Sit-ins.“ Denn die Regierung hatte die Mehrheit im Parlament besessen und hätte ein Misstrauensvotum überstanden. Doch die Massen in den Straßen, die Karameh für den Mord an Ex-Premier Rafiq Hariri vor zwei Wochen mitverantwortlich machten, haben den 70-Jährigen, bis dahin Syrien treu ergebenen Politiker zum Abtritt gezwungen. Er wolle mit seiner Regierung nicht gehen im Wege stehen, die nach „dem Wohl des Landes“ streben – ein erstaunliches Kompliment an die Opposition, die seinen Untergang betrieb.

Die Szenen, meinen manche Libanesen, erinnern an die jüngsten Ereignisse in der Ukraine. Für die arabische Welt, die sich seit Jahrzehnten so hartnäckig jeglichen Regungen von Demokratie und Freiheit widersetzt hatte, sind sie einzigartig. Was sich hier

Das Land



Die Republik Libanon zählt 2,1 Millionen Menschen. Die meisten sind Moslems. Minderheiten stellen die Christen sowie Drusen und Angehörige anderer Religionen. Das Land wurde oftmals in der Geschichte unterjocht. 1943 wurde es unabhängig. Der Süden war immer wieder Schauplatz blutiger Zusammenstöße zwischen syrischen Milizen und Israel. (sk)

ereignete, meint denn auch Dschumblatt, „ist symbolisch für die einsetzenden Veränderungen in der gesamten arabischen Welt.“ Die Bilder der Massenproteste, der tatenlos zusehenden Sicherheitskräfte flimmerten per Satellitenfernsehen über die Bildschirmen arabischer Länder. „Sie werden mittelfristig Beispielwirkung erzielen“, frohlockt ein Beiruter Journalist. Oppositionsführer appellierten gestern an die Aktivisten, ihre Proteste fortzusetzen, bis alle Forderungen erfüllt seien. Der Rücktritt der libanesischen Regierung war nur ein erster, leichter Schritt. Denn die eigentliche Macht im Levantestaat üben die syrischen und libanesischen Geheimdienste aus. Noch ist der Damaskus treu ergebene Präsident Emile Lahoud im Amt. Die Ablösung der libanesischen Geheimdienstchefs fordert die Opposition nun als nächsten Schritt, dem der Abzug der syrischen Geheimdienste und der rund 14 000 Mann starken Besatzungstruppe folgen sollen. Auch der zutiefst ungeliebte Lahoud soll gehen.

DAS PORTRÄT

Südbadens Stimme im Straßburger Konzert

Der Villingener EU-Abgeordnete **Andreas Schwab** (CDU) vertritt die Region im Europa-Parlament

Wie Politik gemacht wird, merkte er am 13. Januar. Die Christdemokraten im Europa-Parlament stimmten für einen Antrag, der Visa-Erleichterungen für Bürger aus der Ukraine forderte. Kurz darauf mussten sie sich von Daniel Cohn-Bendit als Kronzeugen gegen die eigene Partei vorführen lassen. In Berlin mache die Union Stimmung gegen die erleichterte Einreise, so der Fraktionschef der Grünen im EU-Parlament, in Straßburg stimme sie dafür. „Das sind doch zwei ganz verschiedene Dinge“, entgegnet Andreas Schwab, Europa-Abgeordneter aus Villingen-Schwenningen. Auch er hat in namentlicher Abstimmung für die Ukraine-Resolution gestimmt, so wie alle seiner Kollegen in der Fraktion der Europäischen Volkspartei (EVP). Der Ruf nach erleichterter Einreise stehe im Zusammenhang mit der Demokratisierung der Ukraine und richte sich an alle Mitgliedstaaten der EU. Sie mit der Visa-Affäre des Auswärtigen Amtes in Verbindung zu bringen, sei eine „bodenlose Unverschämtheit“.

Die beste Verteidigung ist der Angriff. Andreas Schwab hat die Sprache, die in der Politik gesprochen wird, schnell gelernt. Den Sprung ins EU-Parlament schaffte er im Juni 2004 – im ersten Anlauf. Seither sitzt er dort unter alten Hasen, um im europäischen Konzert die Stimme Südbadens zu Gehör zu bringen. Sein altgedienter Freiburger Fraktionskollege Karl von Wogau, der die Region seit 1979 vertritt, befasst sich seit einiger Zeit eher mit außen- und sicherheitspolitischen Fragen, so dass dem Nachrücker genügend Raum zur Profilierung bleibt. Das hat der Jurist Schwab auch vor. In Straßburg versteht er sich vor allem als Anwalt seines grenznahen Wahlkreises. Als Mitglied der Schweiz-Delegation des EU-Parlaments geht ihm der Katalog ungelöster Streitfragen routiniert über die Lippen: Fluglärm,

Atomendlager Benken, Landkauf. Im Verhältnis zum eidgenössischen Nachbarn mangelt es derzeit nicht an Konfliktstoff. Dennoch: „In Sachen Fluglärm sollten wir den Ball flach halten“, sagt der 31-Jährige, „da wird viel mit Emotionen gearbeitet.“ Die Menschen in Südbaden-Württembergs müssten einsehen, dass auch sie vom Flughafen Zürich-Kloten profitierten. Wichtig sei aber eine „gerechte Verteilung der Lasten“. Eine solche kann Schwab weit und breit nicht erkennen. „Unenträglich“ und „hinterhältig“ sei es, wie die Zürcher versuchten, die Ruhe an der „Goldküste“ des Zürichsees zu schonen. Noch immer gebe es in Kloten so gut wie kei-

ne Südanflüge: Die Route führt die Maschinen dicht an der deutschen Grenze entlang, sogar über mehrere Atomkraftwerke. Auf eine Verkürzung des Konflikts als deutsch-schweizerischer Nachbarschaftsstreit will sich der Abgeordnete nicht einlassen. Auch in der Schweiz, abseits der Metropole Zürich, gebe es Widerstand gegen den Fluglärm. Schwabs Eindruck: „Die Aargauer leiden am meisten.“ Man spürt es bei jedem Satz: Der Jungpolitiker hat sich in seine Materie gut eingearbeitet. Auf seine Karriere hatte er sich zielstrebig vorbereitet. Schwab, Jahrgang 1973, stammt aus Rottweil, wo er das altehrwürdige Albertus-Magnus-Gymnasium besuch-

te. Nach dem Abitur studierte er in Freiburg Jura, erwarb zusätzlich Uni-Diplome in Frankreich und Großbritannien. Seine Doktorarbeit befasste sich mit dem Thema Europarecht. Obendrein arbeitete Schwab im Beraterstab von Ministerpräsident Erwin Teufel für dessen Arbeit im Europäer. „In Sachen Fluglärm sollten wir den Ball flach halten, da wird viel mit Emotionen gearbeitet.“ Andreas Schwab (CDU) über den Streit mit der Schweiz schen Konvent. 2003, nach dem zweiten Staatsexamen, trat er einen Job als Grundsatzreferent im Stuttgarter Kultusministerium an – ein Posten, den er wieder aufgeben musste, als ihn die Bürger nach Straßburg schickten.

DIETER LÖFFLER